

Werbung

14.01.2026

Strukturkrise

Das Statistische Bundesamt will zu Insolvenzen schweigen, doch 2026 könnte zum Rekord-Pleitejahr werden

Die Insolvenzwelle des vergangenen Jahres dürfte nach Einschätzung von Experten auch 2026 nicht abebben. Zusätzlich verschärft eine wachsende Zahl von Unternehmensaufgaben die Lage – unter anderem infolge tiefgreifender demografischer Veränderungen.



Hannes Mörtin



Stillgelegt: So wie auf diesem umgenutzten Industriegelände in Essen könnte es künftig vielerorts aussehen. (IMAGO/imagebroker)

Experten und Analysten sind sich einig: Die Last der Konjunkturkrise, die den deutschen Standort belastet, wird sich auch im laufenden Jahr nicht abschwächen. Im Gegenteil – insbesondere die Zahl der Firmenpleiten dürfte weiter steigen.

Ausgerechnet in dieser Situation streicht das Statistische Bundesamt die Veröffentlichung vorläufiger Insolvenzzahlen (*Apollo News* [berichtete](#)). Doch private Prognosen zeichnen ein erschreckendes Bild.

So rechnet Jonas Eckhardt, Partner bei der Unternehmensberatung Falkensteg, im laufenden Jahr mit einem deutlichen Anstieg der Großinsolvenzen um 15 bis 20 Prozent. „Der Standort Deutschland hat ein echtes Wettbewerbsproblem, denn vor allem größere Unternehmen spüren die internationale Konkurrenz“, erklärte Eckhardt gegenüber dem *Handelsblatt*.

Werbung

Auch andere Experten gehen davon aus, dass sich die Insolvenzwelle, die über die deutsche Wirtschaft hinwegrollt, im Gesamtjahr 2026 nicht entspannen wird. So prognostiziert die Strategieberatung von Ernst & Young, EY-Parthenon, im Rahmen einer Umfrage unter Bankenspezialisten für das Jahr 2026 einen Höhepunkt der Restrukturierungsfälle – also von Krisenmaßnahmen zur Rettung von Unternehmen.

Zudem rechnet Allianz Trade für das laufende Jahr mit einem weiteren Anstieg der Insolvenzen in Deutschland. Den Prognosen vom Oktober des vergangenen Jahres zufolge könnten die Unternehmenspleiten um 1 Prozent zunehmen.

Werbung

**Draußen frostig?
Im Napf:
Pure Natur.**

**15% Rabatt für
Neukunden mit
Code **apollo15****

Selbst wenn die Zahl der Insolvenzen im Jahr 2026 nur marginal im Vergleich zum Vorjahr ansteigen sollte, ist dies extrem problematisch. Denn 2025 war ein neues Rekordjahr bei den Firmenpleiten. Wie aus einer kürzlich veröffentlichten Erhebung des Instituts für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) hervorgeht, gab es im vergangenen Jahr insgesamt 17.604 Insolvenzen von Personen- und Kapitalgesellschaften. Das entspricht dem höchsten Stand seit 2005. Nicht einmal während der globalen Finanzkrise 2008/2009 wurden derart viele Unternehmenspleiten verzeichnet. Rund 170.000 Arbeitsplätze waren im vergangenen Jahr betroffen.

LESEN SIE AUCH:



Neuer Höchststand

21 Milliarden Euro Einnahmen durch CO2-Zertifikate: Damit sollen nun Klimaprojekte des Bundes bezahlt werden

Redaktion • 63



Branchenverband

„Schwer zu sagen“, ob die Talsohle erreicht ist: Europäische Autozulieferer streichen 100.000 Arbeitsplätze

Hannes Martin • 51

„Die aktuell hohen Insolvenzzahlen spiegeln immer deutlicher die gegenwärtigen wirtschaftlichen Herausforderungen in Deutschland wider“, erklärte Steffen Müller, Leiter der IWH-Insolvenzforschung, in einer Stellungnahme. Dass die hohe Zahl der Insolvenzen auch nach mehreren Jahren der Konjunkturkrise nicht zurückgeht, ist in erster Linie auf die ungünstigen Rahmenbedingungen am deutschen Wirtschaftsstandort zurückzuführen. Diese setzen die heimischen Unternehmen unter erheblichen finanziellen Druck, indem sie ihre Wettbewerbsfähigkeit spürbar einschränken.

Im Zentrum der Problematik stehen hohe Energie- und Arbeitskosten sowie ein überbordendes Bürokratie- und Regelwerk. Hinzu kommt eine sukzessiv wachsende Steuer- und Abgabenquote. Für 2025 hatte das Institut der deutschen Wirtschaft (IW) im Rahmen einer Hochrechnung sogar einen Anstieg der Abgabenquote – also des prozentualen Anteils von Steuern und Sozialabgaben am Bruttoinlandsprodukt – auf einen neuen Höchstwert (41,5 Prozent) prognostiziert.

Werbung

Unter anderem die steigenden Sozialabgaben der letzten Jahre haben zu dieser Entwicklung beigetragen. Um ihre massiven Defizite zu decken, haben sowohl die gesetzlichen Krankenkassen (GKV) ihre Zusatzbeiträge als auch die Pflegekassen ihre regulären Beitragssätze mehrfach stark angehoben. Für Arbeitnehmer wie auch für Arbeitgeber, die die Sozialbeiträge paritätisch entrichten, bedeutet dies eine zusätzliche finanzielle Belastung.

Neben der Insolvenzwelle kommt ein zusätzlicher Verlust an Wertschöpfung durch eine wachsende Zahl von freiwilligen Unternehmensaufgaben auf die deutsche Wirtschaft zu. Laut einer Studie der staatlichen Förderbank KfW drohen in den kommenden fünf Jahren jährlich rund 114.000 Betriebsstilllegungen. Bis Ende 2029 stehen damit insgesamt 569.000 Unternehmen vor dem Aus – in erster Linie infolge

demografischer Verwerfungen.

Nach Angaben der KfW waren im vergangenen Jahr 57 Prozent der mittelständischen Unternehmer mindestens 55 Jahre alt. Damit lag der Anteil drei Prozentpunkte über dem Vorjahreswert und sogar 27 Prozentpunkte höher als noch vor zwei Jahrzehnten. Für viele rückt daher zunehmend die Frage in den Vordergrund, wer den Betrieb nach dem eigenen Ausscheiden weiterführen soll.

Werbung

Viele Unternehmer empfinden „die Suche nach einem passenden Nachfolger als sehr schwierig“, erklärte die Förderbank. Der Nachwuchs wird immer knapper – nicht zuletzt aufgrund der hohen Übernahmepreise, die viele ausscheidende Eigentümer verlangen.

Im Durchschnitt fordern Verkäufer für ihr Unternehmen inzwischen fast 500.000 Euro – eine Summe, die für viele potenzielle Nachfolger eine erhebliche Einstiegshürde darstellt. Noch vor sechs Jahren lag der durchschnittliche Kaufpreis mit 372.000 Euro deutlich niedriger. Hinzu kommen die schlechten wirtschaftlichen Aussichten und die unvorteilhaften Standortfaktoren, die viele Investoren abschrecken, deutsche Unternehmen zu übernehmen.

Teilen:   

[Zu den Kommentaren ↓](#)

 Einmalig  Monatlich

Apollo News unterstützen

Zahlungsoptionen:     Pay  Pay

10 € **15 €** **25 €** **50 €** **100 €** [Anderer Betrag \(€\)](#) 

[→ Weiter zum Zahlen](#)

 Bank-Überweisung



Freund von Apollo News werden

Apollo News wäre ohne unsere Unterstützer nicht möglich. Mit dem neuen Freunde-Programm wollen wir unseren Unterstützern etwas zurückgeben, in Form von Dankeschöns wie einem werbefreien Zugang. [Mehr dazu hier](#)

Monatszahlung per ☐ Pay ☐ Pay

3,99 € /mtl.

Basis

Keine Unterstützung.

9 € /mtl.

Standard

Unterstützung + Abo

18,36 € /mtl.

Gegen-GEZ

Unterstützung + Abo

50 € /mtl.

Förderer

Unterstützung + Abo